

Zustands des chinesischen städtischen Arbeitssystems, gestützt durch eine Reihe gut strukturierter Übersichten und Schaubilder. Sie schafft die Grundlagen zur Beurteilung potentieller wirtschaftspolitischer Eingriffe. Als praktisches Beispiel ließe sich die Anwendbarkeit des von deutschen Entwicklungspolitikern empfohlenen dualen Berufbildungssystems überprüfen. So dürften die chinesischen Betriebe kein Interesse an der breiten Ausbildung von Lehrlingen haben, deren Verbleib im Unternehmen nicht gesichert ist, denn die jahrzehntelang gewachsene Neigung zur betrieblichen Autarkie hat sich in den achtziger Jahren noch verstärkt.

Monika Schädler

Ingrid Getreuer-Kargl, Ende der Dynamik? - Eine Expertenbefragung zur Alterung der japanischen Gesellschaft

Wien 1990: Institut für Japanologie, Universität Wien (Beiträge zur Japanologie; 28), 282 S.

Der Band von Ingrid Getreuer-Kargl bildet den Abschluß einer Reihe von Untersuchungen, die an der Universität Wien zum Thema Alter in Japan durchgeführt wurden.

Seit den 70er Jahren bildet das Phänomen der Alterung eines der zentralen gesellschaftlichen Themen in Japan, das nicht nur unter Wohlfahrtsexperten, sondern auch in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert und in einer Vielzahl von Büchern, Zeitungsartikeln und Fernsehsendungen behandelt wurde. Dabei ist interessant, daß in Japan immer wieder auf die Einzigartigkeit des Falls Japan hingewiesen wird, obwohl - wie die Autorin mit Recht anmerkt - die Entwicklung in der Bundesrepublik durchaus zu vergleichbaren Ergebnissen führen werde, wenn auch das Tempo etwas langamer ist (S.7). Der ideologische Einfluß der *Nihon-ron*-Gedanken, der Idee von der Einzigartigkeit der Japaner, der auch in anderen Bereichen eine große Rolle spielt, wird hier deutlich. In diesem Kontext muß auch die Diskussion um das *Nihongata fukushi shakai* (Modell der japanischen Wohlfahrtsgesellschaft) gesehen werden, das einen wesentlichen Teil der Untersuchung ausmacht.

Ziel der Studie war es, die Auswirkungen und Reaktionen zu ermitteln, die die Änderung der Altersstruktur in Japan hervorgerufen hat. Dazu wurden insgesamt 72 Interviews mit Experten aus den folgenden Bereichen durchgeführt: Amt des Ministerpräsidenten und verschiedene andere Ministerien, vier ausgewählte Präfekturen bzw. Kommunen, Journalisten, Verbandsfunktionäre, Parteipräsidenten und einige Vertreter von Universitäten und Forschungsinstituten. Interessant ist hierbei, daß die LDP, wie die Autorin schreibt, das mit ihr geplante Interview mit der Begründung absagte, "die Ansicht der LDP sei mit jener des Wohlfahrtsministeriums identisch, weshalb keine Notwendigkeit für ein Gespräch bestehe." (S.30)

In den zwei einleitenden Kapiteln werden Fakten und Hintergrundinformationen zum Thema Alter in Japan gegeben. Von besonderem Interesse für einen weiteren Leserkreis scheint mir dabei die Darstellung der Krankenversicherungs- und Pensionssysteme zu sein, da hier der heutige Stand übersichtlich dargestellt

wird, wie er sich nach den Reformen Mitte der 80er Jahre ergeben hat. Viele wissenschaftliche Details, insbesondere zur Altenwohlfahrt (*rojin fukushi*), zum Problem der ungeheuer gestiegenen Kosten der medizinischen Versorgung der alten Leute oder zum finanziellen Gesamthintergrund der Verwaltungsreform *gyosei kaikaku* (dieser Terminus diente als Euphemismus für die rigiden Sparmaßnahmen der 80er Jahre), machen dieses Kapitel zu einer Fundgrube für Daten aus dem Sozialbereich.

Die anschließenden Kapitel sind der Darstellung der Befragung selbst gewidmet, die in vier thematische Blöcke gegliedert ist.

Die Eingangsfrage nach den Auswirkungen der Alterung der japanischen Gesellschaft zielte darauf ab herauszufinden, welches Bild über die Altersgesellschaft unter den Befragten vorherrschend ist. Trotz des verhältnismäßig breiten Spektrums von Antworten, das auf die offene Form der Interviews ohne Antwortvorgaben zurückzuführen ist, läßt sich insgesamt ein eher negatives Gesamtbild feststellen, auch wenn dies durch Begriffe wie "gereift" (*seijuku shita*) als Charakterisierung für diese Gesellschaft überspielt wird. Deutlich spiegeln sich hierin die Versuche der Regierung wieder, eine positive Umdefinition der Altersperiode zu erreichen und aus dem Bild der düsteren Altersgesellschaft eine lichte (*akarui*) zu machen. Ähnliches läßt sich auch von der Umbenennung der *koreika shakai* in eine *jinsei hachijunendai shakai* (Gesellschaft, in der das menschliche Leben 80 Jahre währt) sagen.

Sicherlich zutreffend ist die Interpretation, die Ingrid Kargl-Getreuer in der Zusammenfassung am Schluß dieses Kapitels gibt: Sie führt das gespaltene Verhältnis, das in Japan dem Thema "Alterung der Gesellschaft" gegenüber besteht, insbesondere darauf zurück, daß Japan sein Selbstbewußtsein in erster Linie aus seiner Bedeutung als Wirtschaftsnation zieht und daß man diese Wirtschaftsdynamik jetzt durch die zunehmende Alterung bedroht sieht. (Auf diese Tatsache bezieht sich auch der im ersten Moment nicht ohne weiteres verständliche Titel: Ende der Dynamik. Ein Hinweis, daß hiermit Wirtschaftsdynamik gemeint ist, wäre hilfreich gewesen!) In diesem Zusammenhang muß man auch die verhältnismäßig große Bedeutung sehen, die Arbeitsprogramme für alte Menschen in Japan spielen.

Der nächste Fragenkomplex bezieht sich auf die Rolle, die die verschiedenen Akteure im sozialen Bereich spielen sollen, konkret gesagt also, wie die Aufgabenverteilung zwischen den Betroffenen, dem Staat, den Selbstverwaltungskörperschaften, privaten Wohlfahrtsorganisationen (entsprechend den Wohlfahrtsverbänden bei uns), den Betrieben, den Familien und der Nachbarschaft aussehen sollte. Interessant ist hierbei, daß generelle Übereinstimmung darüber zu sein scheint, daß der Staat nicht die alleinige Verantwortung beispielsweise für die Sicherung des Lebensunterhalts im Alter haben sollte. Hierfür seien in erster Linie die Betroffenen selbst verantwortlich, die durch ihre Mitgliedschaft in den Versicherungssystemen entsprechende Vorsorge treffen sollten. Zwar wird zugegeben, daß die Leistungen der Versicherungen in vielen Fällen unzureichend seien, doch geht die Kritik nicht so weit, ein Engagement des Staates über die "Grundversorgung" der Bürger hinaus zu verlangen.

Insgesamt läßt sich also feststellen, daß die generelle Richtung der Sozialpolitik, wie sie in den 80er Jahren verfolgt wurde, zumindest bei den hier befragten Experten auf weitgehende Zustimmung stößt. Da unter den Befragten auch Parteienvertreter, Angehörige der Medien und insbesondere Sprecher der nicht-

staatlichen Wohlfahrtsorganisationen sind, deutet dieser Befund auf eine erstaunliche Übereinstimmung mit der offiziellen Linie der Sozialpolitik hin. Hier zeigt sich meiner Meinung nach ein deutlicher Unterschied zur Situation bei uns, wo die "freien Wohlfahrtsverbände", mit den festgefügteten Organisationsstrukturen der Kirchen bzw. einer politischen Partei als Rückendeckung, als wichtige Kritiker und nicht vernachlässigbares Regulativ zur staatlichen Sozialpolitik auftreten.

Während im Rentenbereich die Verpflichtung des einzelnen, nicht nur durch Versicherungsbeiträge, sondern auch durch private Sparleistungen Vorsorge zu treffen, allgemein akzeptiert wurde, ergibt sich im Gesundheitsbereich ein etwas anderes Bild, das zeigt, wie stark die "Faktizität" der historischen Entwicklung das Bewußtsein prägt: Bei der medizinischen Versorgung wird eindeutig dafür plädiert, daß dies eine Domäne des Staates sein müsse. Mit erstaunlicher Einmütigkeit wird hier praktisch von allen Befragten Gruppen ein noch größeres Engagement des Staates verlangt. Hier schlägt sich meines Erachtens nach die Tatsache nieder, daß Japan in diesem Bereich die längste Tradition einer einigermaßen umfassenden staatlichen Sozialpolitik hat: Schon 1922 wurde die Einführung einer allgemeinen Gesundheitsversicherung für die Beschäftigten privater Betriebe beschlossen, die allerdings wegen des Kanto-Erdbebens erst mit einiger Verzögerung in Kraft trat.

Der dritte große Interviewkomplex gilt dem Begriff *Nihongata fukushi shakai* (Japanisches Modell der Wohlfahrtsgesellschaft), also dem Schlagwort, mit dessen Hilfe die Einsparungen der achtziger Jahre in der Sozialpolitik so "verkauft" werden sollten, daß die Sparmaßnahmen positiv als Rückkehr zu typisch japanischen Werten gedeutet wurden. In diesem Bereich sind die Kommentare der Befragten am negativsten (so wird z.B. als Zitat angeführt: Man hat "das Gefühl, es sei eine Ausrede, um die Verantwortung abzuschütteln"[S.161]). Generell wird die Unschärfe dieses Begriffs, mit dem jeder Zehnte nicht viel anfangen konnte, kritisiert. Dennoch ist interessant, daß für drei Viertel der Befragten die mitmenschliche Solidarität eine wichtige Komponente in der Sozialpolitik darstellt und daß fast die Hälfte der Interviewten meint, diese sei in Japan besonders ausgeprägt! Da genau diese Behauptung neben der Forderung, die Dynamik der Privatwirtschaft stärker zu entwickeln, eine der wesentlichen Voraussetzungen der Ideologie des "Japanischen Modells der Wohlfahrtsgesellschaft" ausmacht, zeigen sich hier in den Antworten gewisse Widersprüchlichkeiten. Man muß wohl davon ausgehen, daß es mehr die ideologische Überzeichnung des "Japanischen Modells der Wohlfahrtsgesellschaft" ist, die abgelehnt wird, als die Politik selbst, die unter diesem Schlagwort durchgeführt wurde. Dieselbe Interpretation legen auch die Antworten aus dem zweiten Fragenkomplex nahe, die eine generelle Zustimmung zur Sozialpolitik der 80er Jahre ergaben (siehe oben).

Der letzte Fragenkomplex geht dem "Idealbild der Altengesellschaft" im 21. Jahrhundert nach. Hier polarisieren sich die Antworten. Während eine Hälfte der Befragten ihre Hoffnungen auf stärkere Integration in die Familien setzt, verlangt die andere Hälfte mehr Unabhängigkeit im Alter. Betont wird, daß das Alter nicht als "Restzeit" des Lebens angesehen werden solle, sondern daß auch alte Leute ein Recht auf ein "erfülltes Leben" hätten. Neben dem Ausbau von Hobbys und persönlichen Interessen sollten die sozialen Kontakte in der Regionalgesellschaft *chiiki shakai*, die in der Zeit des Arbeitslebens zu kurz kamen, mehr gefördert werden.

Hierzu merkt die Autorin an, daß derartige Argumentationen zeigten, daß die Diskussion um die Probleme der Altersgesellschaft unter den Experten im wesentlichen nur männliche alte Personen einbeziehe, da der hier diskutierte Bruch zwischen Berufsbezogenheit und Pensionistenleben ein ausgesprochenes Männerproblem darstelle. Allerdings wird an anderer Stelle vermerkt, daß alle Befragten auf den Mißstand hingewiesen haben, der darin liegt, daß die Hauptlast der Pflege der Alten nach wie vor der Familie und damit konkret den Frauen in Japan aufgebürdet würde und nach der Politik des "Japanischen Modells der Wohlfahrtsgesellschaft" auch weiterhin werden sollte.

Die Autorin bringt eine Vielzahl von interessanten Ergebnissen. Leider ist die Darstellung dazu angelegt, den Leser mit einem Berg von Daten zu konfrontieren, die noch etwas übersichtlicher hätten aufgearbeitet werden können. Wer sich jedoch durch die Fülle von Fragen und Antworten hindurchgewühlt hat, erhält eine Menge sachdienlicher Informationen zum Thema "Alterung der japanischen Gesellschaft", dessen Brisanz weit über den Bereich der Sozialpolitik hinausgeht.

Anna Maria Thränhardt

Karl-Heinz Krämer, Nepal - der lange Weg zur Demokratie

Unkel/Rhein, Bad Honnef: Horlemann Verlag 1991, 276 S.

An der jahrhundertealten Geschichte Nepals haben sich immer schon sehr gut die politischen, gesellschaftlichen und religiösen Einflüsse der benachbarten Länder Indien und Tibet bzw. China ablesen lassen.

So stammte mit großer Wahrscheinlichkeit schon die Licchavi-Dynastie (5.-9. Jh.n. Chr.), die über vier Jahrhunderte lang das Kathmandu-Tal regieren sollte, aus Nordindien. Die Licchavis wurden dort wohl von expandierenden Nachbarn bedroht und zogen sich daraufhin in das verkehrsgünstig gelegene Kathmandu-Tal zurück. Da das Tal eine Durchgangszone zwischen den kulturellen Zentren von Tibet, China und Indien darstellte, geriet die Bevölkerung dort ständig unter neue Kultureinflüsse, was die Herausbildung eines eigenen Gesellschaftssystems zur Folge hatte. Diesen Kulturaustausch förderte im 7. Jahrhundert der tibetische König Songtsen Gampo, indem er die Handelswege über den Himalaya durch das Kathmandu-Tal nach Indien ausbauen ließ. Durch seine Heirat sowohl mit einer Licchavi Fürstentochter als auch mit einer chinesischen Prinzessin wurde die Stellung Tibets und Nepals als unabhängige Durchgangsländer zwischen China und Indien gefestigt. Seither galten die Handelsrouten als die beste Verbindung über den Himalaya.

In der Folgezeit war es vor allem immer wieder der Einfluß Indiens, der die Entscheidungen der verschiedenen in Nepal regierenden Herrscherhäuser mit prägte. Dennoch behielt Nepal sein eigenes Gesicht. Aus dem überaus komplexen Erbe entstand in einem steten Entwicklungsprozeß ein Vielvölkerstaat, der sich nach außen hin relativ homogen präsentierte. Von König Prithvi Narayan Shah wurde 1768 das in verschiedene Fürsten- und Königtümer aufgeteilte Land geeint; damit begann die bis ins 20. Jahrhundert währende Herrschaft der Shah die sogenannte Gurkha Macht -, die für 100 Jahre ins Wanken geraten sollte, nachdem die Familie der Ranas den König kurzerhand zur Marionettenfigur degradiert hatte (1846-1951).